

## **Protokoll der Bürgersprechstunde mit Herrn Erster Stadtrat Geiger im Stadtbezirk 310 - Westliches Ringgebiet - am Donnerstag, 17. März 2016, 17:00 – 19:15 Uhr in der Aula des Gymnasiums Hoffmann-von-Fallersleben-Schule**

Anwesend sind (mit unterschiedlicher Verweildauer) 18 - 21 Bürgerinnen und Bürger, Herr Bezirksbürgermeister Dölz sowie mehrere Mitglieder des Stadtbezirksrates Westliches Ringgebiet

Herr Bezirksbürgermeister Dölz begrüßt die anwesenden Bürgerinnen und Bürger sowie die Verwaltungsvertreter. Herr Erster Stadtrat Geiger schließt sich der Begrüßung mit einführenden Worten an und bittet um Wortmeldungen.

1. Mehrere Anwesende sprechen mit unterschiedlichen Schwerpunkten die geplante Unterbringung von Flüchtlingen im Bereich Elzweg/Alte Frankfurter Straße an.

Herr Warnecke, Fachbereich Stadtplanung und Umweltschutz, teilt auf Anfrage mit, dass eine finanzielle Entschädigung für geltend gemachte Wertminderungen an Grundstücken einerseits weder dem Grunde noch der Höhe nach feststellbar sind, andererseits die Stadt hier keine entsprechenden Leistungen erbringen kann.

Herr Warnecke führt ferner aus, dass es sich bei der Unterkunft um ein Gebäude mit maximal zwei Stockwerken handeln wird. Dies soll in Kubusform erstellt werden und zur Unterbringung von 100 Personen ausgelegt sein.

Mehrere Besucher der Veranstaltung befürchten, dass bei zunehmendem Kapazitätsbedarf auf dem Gelände weitere Häuser gebaut werden. Die Verwaltungsvertreter weisen darauf hin, dass das Grundstück mit einem Haus bebaut werden soll. Ein Anwohner fordert eine schriftliche Garantieerklärung bezüglich der Einhaltung einer 100-Personen-Obergrenze. Herr Warnecke weist auf den Ratsbeschluss zum Standortkonzept hin. Das Konzept sieht bei Standardbauten Wohnmöglichkeiten für 100 Personen vor. Für individuelle Garantieerklärungen gibt es weder eine rechtliche Grundlage noch einen Bedarf.

Von mehreren Bürgerinnen und Bürgern wird auf die Ängste insbesondere der älteren Bewohner im Bereich Gartenstadt hingewiesen. Dies bezieht sich sowohl auf die Sicherheit Häuser und Wohnungen wie auch auf die persönliche Unversehrtheit. Herr Erster Stadtrat Geiger versichert, dass bei der Stadt grundsätzlich Verständnis für Unsicherheiten und Ängste vorhanden ist. Die Flüchtlingsfrage stellt jedoch nicht nur eine Herausforderung, sondern auch eine Chance dar. Er appelliert an die Bewohnerinnen und Bewohner (auch) der Gartenstadt, die geäußerten Vorbehalte zu hinterfragen und sich zu öffnen. Die befürchteten Entwicklungen in Bezug auf Überbelegungen, illegalen Aufenthalt und Übergriffe durch bestimmte ethnische Gruppen sind auch in anderen Standorten nicht eingetreten. Die künftigen Bewohnerinnen und Bewohner werden namentlich in die Unterkünfte eingewiesen und erhalten Zugangskarten. Flüchtlinge aus dem nordafrikanischen Raum kommen vorrangig nach Nordrhein-Westfalen. Die Mehrzahl der hier zugewiesenen Flüchtlinge stammt aus Syrien, Afghanistan und dem Irak.

Mehrfach wird auf die Lage der Bushaltestelle unmittelbar neben der geplanten Flüchtlingsunterkunft aufmerksam gemacht. Einige Anwesende halten städtisches Personal für die Gewährleistung eines sicheren Heimwegs für notwendig, sowohl für ältere Menschen, wie auch für die vielen (weiblichen) Jugendlichen, z. B. nach Schulschluss. Herr Klockgether, Fachbereich Soziales und Gesundheit, weist darauf hin, dass in der Startphase rund um die Uhr Sicherheitspersonal im Bereich der Unterkunft eingesetzt wird; eine Komplettüberwachung des gesamten Umfeldes aber weder leistbar noch notwendig ist. Herr Benschmidt ergänzt, dass die Bushaltestelle nicht verlegt werden kann. Gleichwohl ist eine beleuchtete Wartehalle, die ein gewisses Maß an sozialer Kontrolle gewährleistet, in der konkreten Planung. Ein Besucher bittet um Prüfung, ob in diesem Bereich ein Fußgängerüberweg eingerichtet werden kann, damit eine unmittelbare und sichere Querung der Straße ermöglicht wird. Herr Benschmidt, Fachbereich Tiefbau und Verkehr, sagt eine entsprechende Klärung zu.

Herr Geiger bittet darum, die seitens der Gäste mittlerweile sehr emotional geführte Diskussion wieder zu versachlichen, um ein konstruktives Gespräch zu ermöglichen. Die Stadt hat, wie andere Kommunen auch, eine rechtliche Verpflichtung zur Aufnahme von Flüchtlingen. Sie kann weder die Zahl noch die Herkunft der Zugewiesenen beeinflussen. Der mehrfach gezogene Vergleich zu Wolfsburg ist nicht tragfähig, weil in Wolfsburg keine Landesaufnahmebehörde angesiedelt ist. Momentan treffen wegen der weitgehenden Abriegelung der Balkanroute weniger Flüchtlinge ein als prognostiziert, insofern kann das Kontingent für Braunschweig zunächst zeitlich gestreckt werden. Eine grundsätzliche Verringerung der Zuweisungszahlen kann jedoch nicht abgeleitet werden. Wesentlich kleinere Gebietskörperschaften haben eine höhere Zahl an Flüchtlingen untergebracht; einen Sonderweg für Braunschweig kann und wird es nicht geben.

Mehrfach wird von Anwohnern als Alternativstandort das Messegelände an der Eisenbütteler Straße zur Diskussion gestellt. Die Verwaltungsvertreter führen dazu aus, dass dieses Areal aus diversen Gründen nicht für eine entsprechende Nutzung vorgesehen ist. Einerseits soll es als Veranstaltungsfläche erhalten bleiben, andererseits ist durch die unmittelbar angrenzende Bahnstrecke ein unzumutbarer Lärmpegel gegeben. Darüber hinaus fehlt es an der notwendigen Infrastruktur in der Umgebung.

Mehrere Besucherinnen und Besucher beschwerten sich über die schleppende Informationspolitik der Stadt. Unabhängig davon, dass aus ihrer Sicht eine vorherige Bürgerbefragung und kontinuierliche Beteiligungsverfahren zu einer besseren Transparenz geführt hätten, sind kurzfristige Ankündigungen im Vorfeld von Veranstaltungen mit einer Reaktionszeit von 24 Stunden kontraproduktiv. Herr Klockgether räumt ein, dass in diesem speziellen Fall die Ankündigung tatsächlich sehr kurzfristig herausgegangen ist. Grundsätzlich soll früher informiert werden. Er weist zusammenfassend darauf hin, dass die der Stadt im November 2015 eingeräumte Zeit schnelles Handeln, insbesondere bei der Erarbeitung des Unterbringungskonzepts, erforderte. Schon aus diesem Grund sind in allen 19 Bezirksräten im Dezember 2015 Sondersitzungen einberufen worden. Bei jeder dieser Sitzungen waren Fachvertreter der Verwaltung anwesend, um den Bezirksratsmitgliedern einerseits, aber auch den Einwohnerinnen und Einwohnern andererseits Fragen zu beantworten.

Herr Warnecke stellt fest, dass die mehrfach ins Gespräch gebrachten Baumfällungen auf dem Gelände Elzweg/Alte Frankfurter Straße in den ersten Märztagen nicht, wie behauptet, rechtswidrig gewesen sind. Korrekt ist, dass die Stadt nicht an sich selbst einen rechtsmittelfähigen Bescheid schicken kann. Gleichwohl nimmt die Untere Naturschutzbehörde ihre Aufgaben auch dann, wenn es sich um städtische Grundstücke handelt, im Rahmen von Recht und Gesetz wahr. Die erteilte Ausnahmegenehmigung war begründet. Zudem wurde die Baumaßnahme so geplant, dass der Verlust an Bäumen so gering wie möglich gehalten wird.

2. Eine Besucherin äußert sich besorgt über die Zahl der **Baumfällungen**, die ihrer Wahrnehmung nach in den letzten Monaten/Jahren deutlich zugenommen hat. Auf Nachfrage teilt sie mit, dass sie diese Beobachtung im gesamten Stadtgebiet gemacht hat, wobei aus ihrer Sicht auch gesunde Bäume gefällt worden sind. Sie stuft das Verhalten der dafür Verantwortlichen als leichtfertig ein. Als negatives Beispiel führt sie das ehemalige Krankenhausgelände an der Gliesmaroder Straße / Langer Kamp an. Eine Baumschutzsatzung für Braunschweig dürfte aus ihrer Sicht dringend erforderlich sein. Herr Geiger stellt zunächst fest, dass die sog. Baumbilanz (Verhältnis von gefällten zu neu gepflanzten Bäumen) grundsätzlich positiv ausfällt. Das angeführte Beispiel liegt nicht im Westlichen Ringgebiet. Herr Warnecke führt trotzdem aus, dass am Langen Kamp ein behutsamer Abwägungsprozess zwischen integrativer Wohnbebauung und dem Baumschutz stattgefunden hat. Das Gelände ist im Übrigen an einen Investor verkauft. Herr Loose, Fachbereich Stadtgrün und Sport, führt ergänzend aus, dass nicht jeder augenscheinlich vitale Baum auch tatsächlich gesund und standsicher ist. Häufig werden Fällungen schon aus Sicherheitsaspekten heraus notwendig. Der Fachbereich Stadtgrün und Sport steht für entsprechende Auskünfte bei konkreten Maßnahmen gern zur Verfügung, soweit es sich um Bäume auf städtischen Grundstücken handelt. Auch wird eine Beratung für private Grundstückseigentümer angeboten.
3. Ein Bewohner der Gartenstadt hält die **Verbreiterung des Gehweges unter der Eisenbahnbrücke an der Alten Frankfurter Straße** („Trampelpfad“ vom Ringgleis zu Real) für sinnvoll. Die Verwaltung sagt eine entsprechende Prüfung zu.
4. Ein Besucher stellt fest, dass es sich bei dem Durchstich von der A 391 zur Hugo-Luther-Straße um eine teure Maßnahme handelt, für die zu Lasten anderer/kleinerer Projekte Mittel der Städtebauförderung in Anspruch genommen werden. Hinsichtlich der **Lärmschutzmaßnahmen an der A 391** teilt Herr Warnecke mit, dass es sich um Maßnahmen des Bundes handelt, die die Stadt rechtlich nicht durchsetzen kann. Allerdings steht sie in Kontakt mit den zuständigen Behörden.
5. Ein Besucher weist darauf hin, dass der gesamte Bereich **Schwalbenweg/Maibaumstraße** erheblich unter **Belästigungen durch LKW** zu leiden hat. Die LKW steuern eine Firma an, allerdings können sie wegen der räumlichen Verhältnisse nicht das Firmengrundstück befahren. Sie blockieren daher die Fahrbahn, beschädigen Fußwege und legen häufig den fließenden Verkehr lahm. Zudem nutzen Firmenmitarbeiter die zur Verfügung stehenden Einstellplätze vor den Häusern, so dass die Anwohner tagsüber dort nicht ihre Autos abstellen können. Er hält die Einbindung der Polizei für erforderlich, auch sollten häufiger Kontrollen durch den Zentralen Ordnungsdienst stattfinden. Mit diesem Anliegen sei er, allerdings ohne nachhaltigen Erfolg, bereits im letzten Jahr an den Bezirksrat herangetreten. Herr Benscheidt sagt eine Überprüfung der Angelegenheit zu, weist allerdings darauf hin, dass Anwohner keine Vorrechte bei der Inanspruchnahme von öffentlichem Parkraum haben, soweit hier nicht besondere Regelungen greifen. Herr Paschen, Fachbereich Bürgerservice, Öffentliche Sicherheit, sagt zu, eine zeitweilige Einbindung des ZOD zu prüfen.

Um 19:15 Uhr schließt Herr Geiger die Fragestunde und bedankt sich bei den anwesenden Gästen und Verwaltungsvertretern für die Beiträge. Herr Dölz schließt sich diesem Dank an.

gez.

Schimanski-Zurek  
Protokollführerin